

Antrag auf Erstberatung

Der ausgefüllte Antrag ist vom Ratsuchenden bei der Landesfachstelle für Barrierefreiheit einzureichen.

1. Persönliche Angaben des Ratsuchenden

Ggf. Institution/Kommune:

Ggf. Funktion:

Name:

Vorname:

Anschrift (Straße, PLZ, Ort):

Telefon:

E-Mail-Adresse:

2. Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten

- Ich habe die [Information](#) über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Landesfachstelle zur Kenntnis genommen.

Einwilligungserklärung gemäß DSGVO in die Verarbeitung von Daten durch die Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Damit die beim Thüringer Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen angesiedelte Landesfachstelle für Barrierefreiheit die Beratung genehmigen kann, ist es erforderlich, grundlegende personenbezogene Daten (siehe oben Nr. 2: Vorname, Familienname, Anschrift, Telefon, E-Mail-Adresse) zu verarbeiten.

Ich wurde durch die Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Landesfachstelle (siehe oben Nr. 2) in geeigneter Weise über die Bedeutung meiner Einwilligung, insbesondere über den Verwendungszweck der Daten, informiert und unter Darlegung der Rechtsfolge darauf hingewiesen, dass ich meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen kann.

- Ich bin damit einverstanden, dass die von mir in Zusammenhang mit der Beratung durch das Beraternetzwerk der Landesfachstelle abgegebenen Daten entsprechend dieser Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten verarbeitet werden.
- Ich bin damit einverstanden, dass der zuständige kommunale Behindertenbeauftragte über das Vorhaben, einschließlich der dazugehörigen personenbezogenen Daten, von der Landesfachstelle in Kenntnis gesetzt wird.
- Ich bin damit einverstanden, dass die von mir in Zusammenhang mit der Beratung abgegebenen Daten, einschließlich der dazugehörigen personenbezogenen Daten, an den zuständigen Beratenden weitergegeben werden.

Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit wird im Dokument nur die grammatikalische Männlichkeitsform gewählt. Die Ausführungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

3. Angaben zur Beratung

Gegenstand (Mehrfachnennung möglich)

- Hochbau (Gebäude)
- Verkehr und Mobilität
- Freiraum
- Digitale Barrierefreiheit
- Information und Kommunikation

Maßnahmenträger

- Öffentlich-rechtliche juristische Person
- Privat-rechtliche juristische Person
- Natürliche Person

Der Ratsuchende ist (Mehrfachnennung möglich):

- Bauherr
- Entwurfsverfasser/Fachplaner
- Wohnungswirtschaft
- Unternehmer
- Kommunaler Behindertenbeauftragter
- Sonstiges

Das Vorhaben befindet sich in:

Landkreis:

Kommune:

Straße/Hausnummer:

Das Vorhaben betrifft (Mehrfachnennung möglich):

- Öffentlich zugängliches Gebäude
- Wohnraum
- Sonderbau gem. § 2 Abs. 4 ThürBO
- Verkehrsraum (z.B. Fußwege, Radwege, Haltestellen, Querungsstellen)
- Freiraum (z.B. Spielplätze, Parkanlagen, Wanderwege)
- Internet- und Intranetseiten, Applikationen und Softwarelösungen
- Information und Kommunikation
- Sonstiges

Das Vorhaben betrifft:

- Neu- (bau, entwicklung)
- Bestandsmaßnahme, Modernisierung, Umgestaltung

Inhaltliche Beschreibung des Vorhabens

Folgende Unterlagen sind beigefügt:

(z. B. Planungsunterlagen, Muster, Layout, Mockup etc.)

4. Umfang der Erstberatung durch das Beraternetzwerk

- Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Beratung nicht rechtsverbindlich ist. Sie ist eine nach bestem Wissen erstellte Orientierungshilfe und weder Grundlage noch Vorentscheidung für behördliche Genehmigungen. Über erforderliche Genehmigungen wird von den zuständigen Behörden unabhängig von der Beratung entschieden, was unter Umständen zu einem anderen Ergebnis führen kann.
- Mir ist bekannt, dass die Haftung im Falle einer Pflichtverletzung des Beraters nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, im Falle der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei jeder Fahrlässigkeit eintritt.
- Für die Erstberatung benötige ich besondere Kommunikationshilfen (z.B. Gebärdensprachdolmetscher).

Ich beantrage die Beauftragung eines im Beraternetzwerk der Landesfachstelle für Barrierefreiheit gelisteten Beraters.

.....

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller

5. Entscheidung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Information (Bescheid) über Entscheidung erfolgte durch die Landesfachstelle

- am ... an den Antragsteller
- Bewilligung
- Ablehnung

Grund:

.....
.....
.....

6. Beauftragung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit

Es erfolgt

- die Beauftragung des Beraters gemäß Rahmenvertrag vom ...
- keine Beauftragung eines Beraters.

Datum:

Unterschrift/Stempel: